

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich Ihnen und Euch alles Gute für das Neue Jahr wünschen. Ich freue mich auf viele Begegnungen mit Ihnen und Euch, insbesondere im Bundestagswahlkampf. Wir Sozialdemokraten in Berlin und vor Ort werden 2013 deutlich machen, warum wir besser regieren können. Angela Merkels Umfragewerte sind weiterhin hoch, nicht zuletzt wegen der skandalorientierten Medienberichterstattung über Peer Steinbrück. Auch wenn ich nicht Mitglied des Seeheimer Kreises bin, sende ich anbei eine treffende Pressemitteilung dazu. Wir werden im Wahlkampf klarstellen, dass die schlechte Arbeit von Merkels Ministern, die sich in der Unzufriedenheit mit der Sachpolitik niederschlägt, darauf zurückzuführen ist, dass die Kanzlerin sich weigert, Entscheidungen zu treffen. Wer wie Merkel immer nur laviert und moderiert, macht keine Politik. Wir Sozialdemokraten können und wollen Politik machen und Entscheidungen treffen.

Dass die Regierung nicht viel tut, wurde in dieser Woche besonders in der Fragestunde deutlich. Wir Sozialdemokraten haben wieder einmal den **Missbrauch von Werkverträgen** thematisiert. Besonders in Schlachtbetrieben und beim Einräumen von Regalen in Drogeriemärkten ist auch öffentlich bekannt geworden, dass über Werkverträge Stundenlöhne von unter 5 Euro üblich sind. Zudem wird die Mitbestimmung ausgehebelt. Wichtig ist eine Regulierung von Werkverträgen, die diesen Missbrauch unterbindet! Schwarz-Gelb will jedoch nur auf einer Konferenz diskutieren, ob überhaupt ein Problem besteht. Diese Taktik des Herauszügerns einer Entscheidung hat aber viele Verlierer – nämlich all diejenigen, die mit schlechten Werkverträgen unter miesen Arbeitsbedingungen und Löhnen leiden. Wir Sozialdemokraten sagen: Missbrauch von Arbeitnehmern



Berlin-Brief, Ausgabe 131 17. Januar 2013

Meine Termine

Vor-Ort-Sitzung des SPD-Fachbeirates Integration

19.1.2013, 10.30 Uhr, Pforzheim, Familienzentrum Ost, Zeppelinstr. 20

Neujahrsfest der Diaphania

19.1.2013, 14 Uhr, Heilbronn, IHK, Ferdinand-Braun-Str. 20

Neujahrsempfang Turngau Heilbronn

20.1.2013, 10.30 Uhr, Leingarten, Kulturgebäude im Eichbottzentrum

Bürgersprechstunde

21.1.2013, 13 Uhr, Heilbronn, SPD-Regionalzentrum, Untere Neckarstr. 50

Pflegefall – was nun? Diskussion der SPD Neckarsulm

22.1.2013, 18.30 Uhr, Neckarsulm, Genossenschaftsheim

Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Heilbronn-Land

24.1.2013, 19.30 Uhr, Weinsberg, Hildthalle

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

muss, sobald er bekannt wird, so schnell wie möglich abgestellt werden!

Anstatt sich der Probleme auf dem Arbeitsmarkt anzunehmen, brüstet sich die Bundesregierung mit dem **Jahreswirtschaftsbericht**, der ebenfalls in dieser Woche diskutiert wurde. Es ist richtig, dass unsere Wirtschaft in Deutschland zum Glück – besonders im Vergleich zu unseren europäischen Partnern – sehr gut läuft. Derzeit werden aber die Prognosen für das Wirtschaftswachstum runtergeschraubt. Umso wichtiger wäre es, dass die Politik jetzt schon die Weichen stellt, um auf eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage vorbereitet zu sein, beispielsweise durch eine Wiedereinführung des Kurzarbeitergeldes. Dies haben wir Sozialdemokraten in dieser Woche im Plenum gefordert. Union und FDP sonnen sich jedoch lieber in den zurückliegenden guten Daten, anstatt Vorsorge für die Zukunft zu treffen.

Bereits in der vergangenen Woche, vor den ersten Plenarsitzungen, wurden auf der Klausur der SPD-Bundestagsfraktion zwei wichtige Themen vorangetrieben:

Erstens ist **bezahlbares Wohnen** vor allem in größeren Städten wichtig geworden. Die Mietpreise vieler Innenstadtwohnungen sind besonders bei Neuvermietungen extrem angestiegen. Man kann bundespolitisch Mieterhöhungen begrenzen. Wir müssen die Verdrängung von Gering- und Normalverdienern und insbesondere von Familien aus den Innenstädten verhindern. Auch das Programm Soziale Stadt und der Soziale Wohnungsbau sind wichtig. Im Bundesrat können wir den ersten Schritt machen und die unsoziale Mietrechtsreform Merkels stoppen. Unsere weitergehenden Vorschläge werden Teil unseres Regierungsprogrammes.

Zweitens liegt uns die **Steuerehrlichkeit** am Herzen. Es muss gesichert sein, dass Banken, die systematisch die Hand reichen zur Steuerhinterziehung, deren Geschäftsmodell sozusagen auf Beihilfe zum Steuerbetrug beruht, ernste Konsequenzen fürchten müssen, im Extremfall bis zum Lizenzentzug. Zudem brauchen wir eine bundesweite Steuerfahndung und einiges mehr, was man in der „Braunschweiger Erklärung“ nachlesen kann.

In den Schlagzeilen war in dieser Woche auch der **Einsatz der französischen Armee in Mali** und die möglichen Hilfsanfragen an Deutschland zur Unterstützung des Einsatzes. Bereits vor einigen Monaten wurde beschlossen, dass die EU die malische Armee bei der Ausbildung unterstützt. Der französische Einsatz hat jedoch eine andere Qualität. Einerseits finde ich persönlich es bedenklich, dass eine ehemalige Kolonialmacht im Alleingang militärisch eingreift. Andererseits ist die Situation in Mali seit langem gefährlich, auch weil die seit Monaten beschlossene EU-Ausbildungsmission zeitlich immer weiter nach hinten verschoben wird. Ich befürchte, dass Mali uns in den nächsten Wochen weiter beschäftigen wird. Ich halte Sie auf dem Laufenden!

Mit freundlichen Grüßen

